

ÉPREUVE ÉCRITE

Ministère de l'Éducation nationale,
de l'Enfance et de la Jeunesse

EXAMEN DE FIN D'ÉTUDES SECONDAIRES TECHNIQUES

2014

Division des Professions de Santé et des Professions sociales
Section de la formation de l'éducateur, de l'infirmier et des sciences de la santé

BRANCHE : ALLEMAND

DATE : 3 juin 2014

DURÉE : 3 heures

I. Sachtex te (30 Punkte)

Gau ck wegen Olympia-Boykott in der Kritik

- 5 Bundespräsident Joachim Gau ck wird nicht zu den Olympischen Winterspielen nach Sotschi reisen. Das habe das Bundespräsidialamt der russischen Regierung in der vergangenen Woche mitgeteilt, berichtet der *Spiegel*. Eine Sprecherin des Bundespräsidenten bestätigte am Sonntag den Bericht. Die Absage sei dem Nachrichtenmagazin zufolge als Kritik an den Menschenrechtsverletzungen und der Drangsalierung der Opposition in Russland zu verstehen. Die Olympischen Spiele in London im Sommer 2012 hatte Gau ck besucht. Seine Sprecherin wies jedoch darauf hin, dass es keine feste Regel gebe, dass Bundespräsidenten an Winterspielen teilnähmen. Auch Horst Köhler sei nicht zu den Spielen 2010 im kanadischen Vancouver gereist.
- 10 Anlässlich der Winterspiele in Sotschi, die im Februar 2014 stattfinden, protestieren zahlreiche Sportler gegen die harschen Anti-Homosexuellen-Gesetze, die die russische Regierung im Juni verabschiedet hat. Diese stellen unter anderem die „Propaganda“ für Homosexualität gegenüber Minderjährigen unter Strafe.
- 15 Gau ck sei daran gelegen, dass seine Absage nicht als Geringschätzung der Athleten gedeutet werden kann, berichtet der *Spiegel* weiter: Er wolle die deutschen Olympia-Teilnehmer am 24. Februar bei ihrer Rückkehr in München empfangen. Mit diesem Schritt bleibt der Bundespräsident seiner distanzierten Haltung gegenüber Russland treu. Seit seinem Amtsantritt im März 2012 hat er dem Land noch keinen offiziellen Besuch abgestattet; mehrmals kritisierte er rechtsstaatliche Defizite sowie eine Behinderung kritischer Medien in dem Land. Ein für Juni 2012 geplantes Treffen mit Gau ck ließ Präsident Wladimir Putin platzen, angeblich aus Termingründen.
- 20 Von einer „tollen Geste der Unterstützung für alle, die in Russland für Bürgerrechte und Demokratie kämpfen“, sprach der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning. Auch Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth sprach von einem ermutigenden Signal. Aus Union und SPD kam allerdings verhaltene Kritik an Gau cks Entscheidung. „Man muss sich fragen, ob man damit nicht auch die Menschen im Land trifft“, sagte der CDU-Außenpolitiker Andreas Schockenhoff der Zeitung *Die Welt*.

30 Schockenhoff nannte Gaucks Entscheidung ein „sehr persönliches Bekenntnis, vor dem ich großen Respekt habe“. Der Boykott entspreche der konsequenten Haltung Gaucks zu Menschenrechtsfragen. Einen generellen Boykottaufruf halte er aber für falsch. Der CDU-Politiker zeigte sich zugleich sicher, dass Russland versuchen werde, bei den Spielen ein „geschöntes“ Bild zu präsentieren: „Mit den Alltagsrealitäten in Russland, die von systematischer Korruption und demokratischen Defiziten geprägt ist, hat das wenig zu tun“, sagte er.

35 Der stellvertretende Vorsitzende der deutsch-russischen Parlamentariergruppe, Lars Klingbeil (SPD), sagte, ein Besuch Gaucks hätte auch die Möglichkeit geboten, um Gespräche mit Reformkräften in Russland zu führen und ihren Anliegen in der politischen Debatte mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen.

40 Die deutsch-russischen Beziehungen sind derzeit auch wegen der pro-europäischen Proteste in der Ukraine angespannt. Einen Besuch von Außenminister Guido Westerwelle bei Demonstranten in Kiew hatte der russische Ministerpräsident Dmitri Medwedew als Einmischung Deutschlands in die innere Angelegenheiten des Nachbarlandes kritisiert, was die Bundesregierung umgehend zurückwies.

(441 Wörter, Quelle: <http://www.sueddeutsche.de/politik/winterspiele-in-russland-gauck-wegen-olympia-boykott-in-der-kritik-1.1838259>)

1. Beantworten Sie folgende Mehrfachwahlfragen zum Text. (3 Punkte)

Falls nicht anders angegeben, ist nur 1 Antwort zutreffend.

Beachten Sie folgende Richtlinien zur Bewertung:

- Die Übung ist auf 3 Punkte gewichtet.
- Sie beginnen bei 0 Punkten.
- Für jede richtige Antwort erhalten Sie 1 Punkt.
- Für jede falsche Antwort verlieren Sie wieder 1 Punkt.
- Antworten Sie nicht auf eine Frage, bleibt Ihr Punktestand unverändert.

a) Wie hat Gauck seine russlandkritische Haltung bisher noch *nicht* verdeutlicht?

- Er war, seit er Bundespräsident ist, noch nicht offiziell zu Besuch in Russland.
- Er prangert die Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit in Russland an.
- Er sagte kürzlich ein geplantes Zusammentreffen mit dem russischen Präsidenten ab.
- Er kritisiert die Einstellung vieler russischer Athleten gegenüber dem Rechtsstaat.

b) Was wollte Gauck mit der Absage seiner Reise *nicht* kritisieren?

- Die Verletzung der Menschenrechte in Russland.
- Der Verstoß gegen geltende Gesetze in Russland.
- Die Tortur der Andersdenkenden in Russland

c) Wie äußerten sich einiger Politiker der großen Koalition zu Gaucks Entscheidung?

- Gauck setze mit der Absage seiner Russlandreise ein durchaus positives Zeichen.
- Gauck unterstütze mit seiner Entscheidung, in Deutschland zu bleiben, Bürgerrechtler.
- Gauck hätte mit der Reise Befürworter einer Neuordnung Russlands helfen können.



Abschiebungsentscheid in der Schweiz: Raus, raus, Hauptsache raus

von Matthias Daum

- 5 [1] Bald wird es wieder überall in der Schweiz zu sehen sein: das weiße Schaf, wie es ein schwarzes mit einem gezielten Tritt hinter die Schweizer Landesgrenze kickt. Mit diesem Motiv hat die Schweizerische Volkspartei (SVP) schon 2007 erfolgreich Wahlkampf gemacht. Die Uno kritisierte die Kampagne damals als rassistisch, die hessische NPD kopierte das Motiv. Nun aber werben die Rechtspopulisten mit dem Schäfchenplakat für die sogenannte Ausschaffungsinitiative - alle straffälligen Ausländer sollen automatisch aus der Schweiz abgeschoben werden. Auch EU-Bürger. Auch die Abstimmung über den Umgang mit straffälligen Ausländern hat gute Chancen, angenommen zu werden: Derzeit befürworten 10 58 Prozent der Bevölkerung die Verfassungsänderung, wie eine Umfrage des Forschungsinstituts gfs Bern zeigt. Nur 36 Prozent sind dagegen.
- 15 [2] Die Initiative sieht vor, dass alle Ausländer nach Verbüßen ihrer Strafe automatisch ausgewiesen werden. Das soll nicht nur bei schweren Verbrechen wie vorsätzlicher Tötung, Vergewaltigung oder Menschenhandel gelten, sondern auch bei Raub oder Einbruch. Außerdem sollen Personen, die missbräuchlich Sozialleistungen bezogen haben, automatisch ausgewiesen werden. Alle straffälligen Ausländer sollen zudem mit einem Einreiseverbot von fünf bis 15 Jahren belegt werden. Im Wiederholungsfall ist geplant, dieses Verbot auf 20 Jahre zu erhöhen.
- 20 [3] Die Volksabstimmung wurde erst nach langem Hin und Her überhaupt zugelassen. Denn nach Ansicht des Bundesrats widerspricht sie zwar nicht dem Völkerrecht, würde aber nicht im Einklang mit bestehenden Gesetzen und bilateralen Verträgen mit der Europäischen Union stehen. Um dieses Problem zu entschärfen, hat die Regierung für den Volksentscheid einen Gegenentwurf vorgelegt. Es ist der Versuch, die Initiative der SVP mit geltenden Gesetzen und Verträgen in Einklang zu bringen. Der Gegenentwurf sieht statt einer automatischen Ausweisung von straffälligen Ausländern vor, wie bisher jeden Fall einzeln zu prüfen. Zusätzlich soll die Ausweisung vereinfacht und die Einbürgerung von den Integrationsbemühungen abhängig gemacht werden.
- 25 [4] Die SVP lehnt den Gegenentwurf des Bundesrats ab. Er geht der Partei nicht weit genug. "Ivan S., Vergewaltiger, bald Schweizer?" oder auch "Faruk B., Mörder, bald Schweizer?" - das steht auf den Flugblättern der Rechtspopulisten, die zur Ablehnung des Kompromissentwurfs aufrufen. Sie spielen auf eine mögliche Einbürgerung straffälliger Ausländer an. Der Schriftzug verdeckt die Augen eines Mannes im Unterhemd mit dunklem Bart und Silberkettchen um den Hals. Mit einem typisch deutschen Namen zielt die Kampagne auch auf EU-Bürger: "Detlev S., Kinderschänder, bald Schweizer?" Mit dem Gegenentwurf könne jeder Verbrecher sich "auf internationale Konventionen und fremdes Völkerrecht berufen, um seine Landesverweisung zu verhindern".
- 30 [5] Auch bei der Bevölkerung stößt der Schlichtungsversuch des Bundesrats auf wenig Beifall. Den Umfragen zufolge wollen nur 41 Prozent der Bevölkerung ihn annehmen, während 49 Prozent ihn ablehnen. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden die Wähler die Ausschaffungsinitiative annehmen und den Gegenvorschlag ablehnen. Das Ergebnis dürfte die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU erneut belasten. Silvia Bär, stellvertretende Generalsekretärin der SVP, sieht jedoch keine Probleme: "Man muss realistisch sein: Auch bei der Minarettinitiative haben alle vor internationalen Spannungen gewarnt, und was ist passiert? Nichts." Sie befürchtet keine Verstimmungen mit Brüssel. Probleme mit straffälligen EU-Bürgern seien sowieso vernachlässigbar, die meisten kriminellen Ausländer kämen aus Nicht-EU-Ländern.
- 45



50 [6] Anders sieht das der Schweizer Think Tank *foraus* (Forum Außenpolitik). Eine von ihm
 veröffentlichte Studie kam zu dem Schluss, dass die Initiative der SVP nicht mit dem
 Völkerrecht vereinbar sei, da sie gegen das *Non-Refoulement*-Prinzip verstoße: Flüchtlinge
 dürfen nicht in Gebiete abgeschoben werden, in denen sie wegen ihrer Rasse, Religion oder
 55 aus anderen Gründen verfolgt werden. Außerdem würden die Grundprinzipien des Schweizer
 Rechtsstaats verletzt, insbesondere das Verhältnismäßigkeitsprinzip. Dieses besagt, dass jede
 staatliche Maßnahme im Einzelfall geprüft werden muss, bevor sie angewendet wird, egal ob
 es sich um einen Schweizer oder einen Ausländer handelt.

[7] Sollte die Initiative trotzdem umgesetzt werden, erwartet Nicola Forster, Präsident von
 60 *foraus*, einen Imageschaden für die Schweiz, wie ihn schon die Minarettinitiative verursacht
 habe. Aber das sei nicht alles. "Die Beziehungen zur EU stehen auf dem Spiel", sagt er. Denn
 wenn die Schweiz die Ausschaffungsinitiative umsetze, riskiere sie damit im äußersten Fall
 eine Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens. Das würde die automatische
 Anwendung der sogenannten Guillotine-Klausel zur Folge haben: Die Kündigung aller
 65 bilateralen Verträge zwischen der EU und der Schweiz - mit verheerenden Folgen für die
 Schweizer Wirtschaft. Der Europa-Experte und emeritierte Politikprofessor Dieter
 Freiburghaus hält laut "Tagesanzeiger" eine solche Kündigung für unwahrscheinlich, die EU-
 Vertretung in Bern wollte sich dem Blatt gegenüber dazu nicht äußern. In jedem Fall müsste
 die Schweiz sich im Gemischten Ausschuss der Europäischen Union verantworten. Denn:
 70 Ausweisungen als automatische Folge einer strafrechtlichen Verurteilung verstoßen gegen
 EU-Recht.

(723 Wörter, Quelle: <http://www.zeit.de/2014/07/schweiz-volksabstimmung-masseneinwanderung-max-frisch>)

2. In welchem Absatz stehen die folgenden Aussagen? (7 Punkte)

Beachten Sie folgende Richtlinien zur Bewertung:

- Die Übung ist auf 7 Punkte gewichtet.
- Sie beginnen bei 0 Punkten.
- Für jede richtige Antwort erhalten Sie 1 Punkt.
- Für jede falsche Antwort verlieren Sie wieder 1 Punkt.
- Bei Leerfeldern bleibt Ihr Punktestand unverändert.

	Der Gegenentwurf zur sogenannten Ausschaffungsinitiative soll dazu dienen, dass der Vorschlag der SVP wieder mit allen Gesetzen und den Übereinkommen mit der EU übereinstimmt.
	Neben einer Verschlechterung des Rufes der Schweiz in der Welt könnte die Ausschaffungsinitiative dafür sorgen, dass die Schweiz auf wichtige wirtschaftliche Verträge mit anderen Ländern verzichten müsste.
	Mit rassistischer Propaganda will die SVP die Schweizer überzeugen, für die automatische Abschiebung krimineller Ausländer zu stimmen.
	Der Vorschlag der Schweizerischen Volkspartei verstößt gegen das allgemeine Völkerrecht und kann demnach zu Verstimmungen mit der EU führen.
	Auch Einwohner der Europäischen Union sind von der Initiative der Schweizerischen Volkspartei betroffen und werden für Negativpropaganda missbraucht.
	Höchstwahrscheinlich werden die meisten Schweizer die SVP in ihrem Vorhaben unterstützen und gegen den alternativen Entwurf der Regierung stimmen.
	Auch bei geringeren Delikten sollen Ausländer automatisch nach dem Absitzen ihrer Gefängnisstrafe des Landes verwiesen werden.



3. **Bezüglich der Akzeptanz von Ausländern in Luxemburg und anderen europäischen Ländern äußerte sich Fernand Kartheiser wie folgt. Nehmen Sie kritisch Stellung zu Kartheisers Aussage und begründen Sie Ihren Standpunkt anhand von drei vollständigen Argumenten! (mind. 200 Wörter)**
20 Punkte (Inhalt: 10 P. / Sprache: 10 P.)

„Die Sorgen der Menschen um ihre nationale Identität und Souveränität, um ihre Sprache und Kultur, um die Familien und die Schulen, um die Entwicklung des Gemeinwesens unter dem zunehmenden Immigrationsdruck, alles dies sind berechtigte Anliegen [...].“

Fernand Kartheiser (*30. September 1959 in Luxemburg-Stadt) ist ein luxemburgischer wertkonservativer Politiker, ADR-Parteipräsident und Abgeordneter.

II. Literarische Texte (30 Punkte)

4. **Vergleichen Sie das Verhalten der Tätergeneration am Beispiel von Karl-Heinz Timm und Sebastian Haffner.**
(mind. 170 Wörter)
15 Punkte (Inhalt: 10 P. / Sprache: 5 P.)
5. **Erläutern Sie Kants Verständnis von Mündigkeit und untersuchen Sie, inwiefern dies auf Hermine Braunsteiner-Ryan und Hanna Schmitz zutrifft.**
(mind. 170 Wörter)
15 Punkte (Inhalt: 10 P. / Sprache: 5 P.)

